

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Katina Schubert (LINKE)

vom 17. August 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. August 2020)

zum Thema:

Abschiebungen nach Moldawien am 15.07.2020

und **Antwort** vom 24. August 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 31. Aug. 2020)

Senatsverwaltung für Inneres und Sport

Frau Abgeordnete Katina Schubert (LINKE)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/24551
vom 17.08.2020
über Abschiebungen nach Moldawien am 15.07.2020

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Inwieweit ist es zutreffend, dass laut Pressemitteilung des Berliner Flüchtlingsrates vom 30.07.2020 am 15.07.2020 eine Abschiebung von bis zu 200 Personen in die Republik Moldau bzw. bereits im Juni Sammelabschiebungen nach Georgien und Serbien aus dem Land Berlin erfolgten?

Zu 1.:

Am 15.07.2020 wurde eine durch das Landesamt für Einwanderung (LEA) organisierte Chartermaßnahme in die Republik Moldau durchgeführt. Mit dieser Maßnahme wurden 56 Personen in ihr Herkunftsland zurückgeführt.

Im Juni 2020 erfolgten Chartermaßnahmen nach Serbien und Georgien.

2. Soweit diese Informationen zutreffend sind: Wie viele Personen – bitte aufschlüsseln nach Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit – wurden am 15.07.2020 in die Republik Moldau abgeschoben?

Zu 2.:

Bei den 56 in die Republik Moldau abgeschobenen Personen handelte es sich um moldauische Staatsangehörige.

Eine Aufschlüsselung nach Alter und Geschlecht ist nicht möglich, da diese Angaben bei der zwangsweisen Durchsetzung der Ausreisepflicht statistisch nicht erfasst werden.

3. Soweit diese Informationen zutreffend sind: Wann genau im Juni erfolgten die Sammelabschiebungen nach Serbien und nach Georgien und wie viele Personen waren davon jeweils betroffen? (Bitte nach Zielland, Alter, Geschlecht und Staatsangehörigkeit aufschlüsseln.)

Zu 3.:

Bei der Sammelabschiebung am 10.06.2020 nach Georgien wurden 20 georgische Staatsangehörige zurückgeführt. Die Chartermaßnahme am 15.06.2020 nach Serbien betraf 30 Ausreisepflichtige serbischer Staatsangehörigkeit. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

4. Unter welcher Federführung bzw. Zuständigkeit fanden die genannten Abschiebungen in die Republik Moldau sowie nach Serbien und Georgien jeweils statt?

Zu 4.:

Die Federführung oblag dem Land Berlin.

5. Wie viele unbegleitete Minderjährige waren von den genannten Abschiebungen in die Republik Moldau sowie nach Georgien und Serbien jeweils betroffen?

Zu 5.:

Es wurden keine unbegleiteten Minderjährigen zurückgeführt.

6. Welche Erkenntnisse hat der Senat darüber, dass bei den genannten Abschiebungen Personen mit besonderen gesundheitlichen Einschränkungen betroffen waren?

Zu 6.:

Am 15.07.2020 wurde eine auf einen Rollstuhl angewiesene Person abgeschoben. Vor dem Vollzug der Maßnahme wurde die Reise- und Flugfähigkeit ärztlich geprüft und bestätigt. Die Mitnahme des Rollstuhls wurde gewährleistet. Nach einer bereits im Jahr 2016 erfolgten Abschiebung und einer unerlaubten Wiedereinreise im Oktober 2019 wurde ein Asylfolgeantrag der betroffenen Person durch das BAMF abgelehnt. Zielstaatsbezogene Abschiebungshindernisse lagen damit (weiterhin) nicht vor.

7. Inwieweit ist es insbesondere zutreffend, dass laut Pressemitteilung des Berliner Flüchtlingsrates vom 30.07.2020 bei der Abschiebung in die Republik Moldau am 15.07.2020 eine Frau abgeschoben worden sein soll, die sich zum Zeitpunkt der Abschiebung wegen einer Krebserkrankung in einer noch nicht abgeschlossenen Chemotherapie befand und darüber hinaus einen künstlichen Darmausgang mit gut sichtbarem Stomabeutel am Bauch hatte?

Zu 7.:

Die dem LEA vorliegenden Flugmeldungen zu dieser Maßnahme enthalten keinerlei Hinweise auf eine Ausreisepflichtige mit der durch den Flüchtlingsrat genannten Erkrankung. Die Reisefähigkeit wird am Flughafen vor der Rückführung grundsätzlich noch einmal überprüft. Daher ist – wie in der Antwort zu Frage 6. dargelegt - davon auszugehen, dass die durch den Flüchtlingsrat vorgetragene gesundheitlichen Einschränkungen - wenn sie denn in dieser Form vorgelegt haben - die Reisefähigkeit der Betroffenen nicht in Frage gestellt haben. Unabhängig davon besteht nach § 60 a Abs. 2 c) AufenthG eine gesetzliche Vermutung, dass der Abschiebung gesundheitliche Gründe nicht entgegenstehen. Erkrankungen, die die Abschiebung beeinträchtigen können, müssen durch eine qualifizierte ärztliche Bescheinigung geltend gemacht werden.

8. Wie bewertet der Senat insbesondere diese Abschiebung vor dem Hintergrund der in § 60 AufenthG genannten Abschiebeverbote?

Zu 8.:

Zielstaatsbezogene gesundheitliche oder sonstige Gründe, die der Abschiebung entgegenstehen, werden im Asylverfahren – mit bindender Wirkung nach § 42 AsylG – durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geprüft. Außerhalb des Asylverfahrens hat das LEA das BAMF nach § 72 Abs. 2 AufenthG zu beteiligen. Dies erfolgt allerdings nicht pauschal, sondern muss von den Betroffenen im Rahmen der Mitwirkungspflichten vorgetragen werden und wird vor einer Abschiebung nach den Maßgaben des BAMF abschließend geprüft.

9. Welchen Standard haben nach Kenntnis des Senats die Gesundheitssysteme Moldawiens, Serbiens und Georgiens im Vergleich zu den medizinischen Möglichkeiten in Berlin?

Zu 9.:

Zu den hinter den medizinischen Möglichkeiten Berlins möglicherweise zurückbleibenden Standards der Gesundheitssysteme der Republik Moldau, Serbiens und Georgiens liegen dem Senat keine ins Detail gehenden Erkenntnisse vor. Nach § 60 Abs. 7 Satz 4 AufenthG stellt der Umstand, dass die medizinische Versorgung im Herkunftsland nicht mit der Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland gleichwertig ist, für sich genommen kein Abschiebungshindernis dar.

10. Inwieweit hält es der Senat für vertretbar, offensichtlich schwerstkranke Menschen in Länder abzuschieben, in denen den betroffenen Menschen unter Umständen keine adäquate Gesundheitsversorgung zur Behandlung ihrer Krankheiten zur Verfügung steht und damit unter Umständen eine konkrete Lebensgefahr für die betroffenen Menschen besteht?

Zu 10.:

Die durch das BAMF zu prüfenden Abschiebungsverbote nach § 60 AufenthG stellen nach Auffassung des Senats hinreichend sicher, dass schwerstkranke Menschen nicht in Länder abgeschoben werden, in denen aus gesundheitlichen Gründen eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib oder Leben besteht. Nach § 60 Abs. 7 Satz 2 AufenthG besteht allerdings auch eine Verpflichtung der Betroffenen, Erkrankungen durch qualifizierte ärztliche Bescheinigungen glaubhaft zu machen. Ergänzend wird auf die Antworten zu den Fragen 8 und 9 verwiesen. Unbeschadet dieser rechtlichen Vorgaben wird vor jeder Abschiebung grundsätzlich am Flughafen die aktuelle Reisefähigkeit nochmals ärztlich überprüft. Auf die Antwort zu Frage 7 wird verwiesen.

11. Wie bewertet der Senat die erfolgten Abschiebungen vor dem Hintergrund, dass gerade für die ethnische Minderheit der Roma in Serbien und in der Republik Moldau ein adäquater Zugang zu medizinischer Versorgung fehlt?

12. Inwieweit hält es der Senat für vertretbar, insbesondere Angehörige der ethnischen Minderheit der Roma in Länder abzuschieben, in denen den betroffenen Menschen rassistische Diskriminierung sowie Verfolgung und Gewalt bis hin zur Ermordung droht?

Zu 11. und 12.:

Auf die Antwort zu Frage 8 wird verwiesen.

13. Welche Erkenntnisse hat der Senat darüber, dass bei den genannten Abschiebungen Personen betroffen waren, die nach aktuellem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse einer SARS-CoV-2-Risikogruppe zuzuordnen sind?

Zu 13.:

Dazu liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor. Auf die Antworten zu den Fragen 7 und 8 wird verwiesen.

14. Inwieweit ist es zutreffend, dass die Betroffenen der Sammelabschiebung nach Moldawien am 15.07.2020 laut Pressemitteilung des Flüchtlingsrates um 3.00 Uhr nachts von der Polizei „aus den Betten geholt“ wurden?

Zu 14.:

Am 15. Juli 2020 wurden durch die Polizei Berlin stadtweite Maßnahmen zur Durchsetzung der Ausreisepflicht von moldauischen Staatsangehörigen durchgeführt. Es ist zutreffend, dass dazu die Wohnanschriften der betreffenden Personen ab 3:00 Uhr aufgesucht werden mussten.

15. Soweit dies zutreffend ist: Warum und auf Basis welcher Rechtsgrundlage erfolgte die Abschiebung zur Nachtzeit?

Zu 15.:

Die Rechtsgrundlage zur Abschiebung ergibt sich aus § 58 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG). Im benannten Fall war es notwendig, mit den Maßnahmen bereits um 3:00 Uhr zu beginnen, um Personen und Gepäck zeitgerecht zum Abflugtermin an der Ausreisestelle zu übergeben. Nur ein späterer Flugtermin hätte das zeitliche Erfordernis des Maßnahmenbeginns in der Nachtzeit aufheben können. Aufgrund zwingender Vorgaben der Republik Moldau war jedoch keine spätere Flugverbindung möglich. Derartige Vorgaben fallen nicht unter den Begriff der Organisation der Abschiebung in § 58 Abs. 7 Satz 2 AufenthG.

Für die zeitgerechte Zuführung der Betroffenen zum Abflugtermin an der Ausreisestelle benötigt die Polizei Berlin circa vier Stunden. Darin enthalten sind Fahrtzeiten zum Flughafen sowie insbesondere die Ermöglichung eines angemessenen Zeitraumes für die Betroffenen, sich reisefertig zu machen. Insbesondere im Zusammenhang mit der Rückführung von Familien mit Kleinkindern wird den Einsatzkräften eine besondere Sensibilität abverlangt. Diese Sensibilität wiederum setzt voraus, sich Zeit zu nehmen und den Familien Zeit zu geben, die Situation zu akzeptieren. Dazu kommen u.a. die Erläuterung der Maßnahme, Belehrungen, ggf. Durchsuchungen von Personen und Sachen, vorübergehende Sicherstellungen von gefährlichen Gegenständen sowie deren Aushändigung, die Gewährleistung von Kontaktaufnahmen zu Bezugspersonen, Gepäckbeschaffung, Zeiten für die Familien, das Gepäck reisefertig zu machen, bei Familien mit Kleinkindern ggf. die Beschaffung von Hygieneartikeln (Windeln) sowie Babynahrung bzw. kindgerechter Nahrung und bei Kindern ggf. das Ermöglichen der Nahrungsaufnahme vor dem Transport zum Flughafen (wiederum mit der notwendigen Sensibilität).

Darüber hinaus muss stets zwingend ein zumindest geringfügiger zeitlicher Puffer für etwaige unvorhergesehene Verzögerungen (z.B. aufgrund von Verkehrsstörungen) erhalten bleiben.

Vor diesem Hintergrund werden sich auch bei zukünftigen Maßnahmen Festnahmen in der Nachtzeit zur Durchführung der Abschiebung bedauerlicherweise nicht vermeiden lassen. Sofern die Vorgaben der Herkunftsländer es zulassen, erfolgt ein Zugriff selbstverständlich stets erst nach Ende der Nachtzeit.

16. Welche Erkenntnisse hat der Senat darüber, dass bei den genannten Abschiebungen Personen betroffen waren, die sich gegenüber dem Landesamt für Einwanderung bereits zur freiwilligen Ausreise bereit erklärt haben?

Zu 16.:

Eine im Einzelfall eventuell geäußerte Bereitschaft zur freiwilligen Ausreise wird durch das LEA nicht statistisch erfasst. Davon abgesehen stünde eine solche Äußerung einer Abschiebung nur dann entgegen, wenn sie glaubhaft ist. Das setzt zum Beispiel voraus, dass sich die Betroffenen auch um Rückreisedokumente bemühen und ein konkreter Ausreisetermin festgesetzt werden kann.

Eine Abschiebung von vollziehbar Ausreisepflichtigen erfolgt ausschließlich dann, wenn die gewährte Ausreisefrist abgelaufen ist und die freiwillige Erfüllung der Ausreisepflicht nicht glaubhaft gemacht wurde.

17. : Wieso wurden diese Personen dennoch zwangsweise abgeschoben?

Zu 17.:

Auf die Antwort zu Frage 16 wird verwiesen.

Wie bewertet der Senat die Tatsache, dass das Robert-Koch-Institut (RKI) die Republik Moldau sowie Serbien seit dem 15. Juni 2020 als Gebiete ausweist, in denen ein erhöhtes Risiko für eine Infektion mit SARS-CoV-2 besteht?

18. Inwieweit ist dem Senat bekannt, dass aufgrund dieser Tatsache das Auswärtige Amt vor Reisen in die Republik Moldau sowie nach Serbien warnt?

Zu 18. und 19.:

Die Einstufung von Risikogebieten durch das RKI und auch die Reisewarnungen des Auswärtigen Amtes dienen der Sensibilisierung der in Deutschland lebenden Bevölkerung im Hinblick auf die mit in der Regel nicht notwendigen touristischen Reisen in diese Gebiete verbundenen Risiken, der besonderen Notwendigkeit eines infektionsschutzgerechten Verhaltens und den Konsequenzen nach der Rückkehr, etwa einer dann ggf. notwendig werdenden Quarantäne. Sie stellen aber kein Präjudiz für die in der Zuständigkeit des BAMF liegende Feststellung zielstaatsbezogener Abschiebungshindernisse dar. Auch lassen sie die gesetzliche Verpflichtung der zuständigen Behörden, vollziehbare Ausreisepflichten (notfalls auch zwangsweise) durchzusetzen und die Verpflichtung der Herkunftsstaaten, eigene Staatsangehörige zurückzunehmen unberührt.

19. Inwieweit hält es der Senat vor diesem Hintergrund für vertretbar, Menschen, insbesondere solche, die zu einer SARS-CoV-2-Risikogruppe zählen, in Länder abzuschieben, in denen ein erhöhtes Risiko für eine Infektion mit SARS-CoV-2 besteht und aufgrund mangelnder oder nicht vorhandener Gesundheitsversorgung massive Gefahren für Leib und Leben drohen?

20. Inwieweit werden bei der Auswahl der Personen, die abgeschoben werden sollen, im Vorfeld die vom RKI definierten Risikogruppen berücksichtigt? Wenn ja, in welcher Form? Wenn nein, wieso nicht?

Zu 20. und 21.:

Auf die Antwort zu Frage 8 wird verwiesen. Die Zuständigkeit für die Prüfung einer ggf. aufgrund mangelnder oder nicht vorhandener Gesundheitsversorgung bestehenden Gefahr für Leib und Leben obliegt dem BAMF. Darüber hinaus ist es für die Betroffenen zumutbar und geboten, sich durch entsprechende Vorsichtsmaßnahmen (Abstandsgebot, Mund-Nase-Bedeckung) vor einer Infektion zu schützen. Hinzu kommt auch eine Verantwortung der Aufnahmeländer, eine dem Infektionsschutz Rechnung tragende Aufnahme ihrer Staatsangehörigen zu gewährleisten. Wie die Erfahrungen aus den vergangenen Monaten gezeigt haben, liegt es faktisch in der Hand der Herkunftsländer die Rückübernahme ihrer Staatsangehörigen zu blockieren. Mit Zulassung von Sammelchartern und Einzelmaßnahmen machen die Herkunftsländer deutlich, dass sie bereit und in der Lage sind, ihre Staatsangehörigen unter den Rahmenbedingungen der Pandemie aufzunehmen.

21. Aus welchen Gründen hat der Senat die seit dem 19. April 2020 aufgrund der SARS-CoV-2-Pandemie bestehenden Rückführungsbeschränkungen nicht verlängert, sondern zum 29.05.2020 auslaufen lassen?

Zu 22.:

Am 18. März 2020 legte der Senator für Inneres und Sport fest, dass in Berlin (wie auch in anderen Bundesländern) angesichts der Covid-19 Pandemie kein genereller Abschiebungsstopp im Sinne des § 60a Abs. 1 AufenthG verhängt werden soll. Jedoch sollte sich bis zum 19. April 2020, angesichts der zunehmenden Beschränkungen der Überstellungs- und Rücknahmepraxis durch EU- und

Drittstaaten, die Bearbeitung im Land Berlin auf Abschiebungen von Personen konzentrieren, von deren Aufenthalt eine erhebliche Gefahr für Leib und Leben Dritter oder bedeutende Rechtsgüter der inneren Sicherheit ausgeht, die aus Straftat abgeschoben werden sollen oder bei denen ein besonders schwerwiegendes Ausweisungsinteresse besteht oder die deshalb ausgewiesen wurden. Entsprechend hat das LEA, wenn auch in geringerer Zahl, im März bis Juni abgeschoben.

Die Weisungslage wurde mehrmals verlängert, zuletzt am 29.05.2020 bis zum 15.06.2020. Die Entscheidung zur Aufhebung der Weisung orientierte sich zu diesem Zeitpunkt an den begonnenen weltweiten Lockerungen der Infektionsschutzmaßnahmen gegen Covid-19, der geplanten Grenzöffnungen und der schrittweisen Wiederaufnahme des Luftverkehrs.

22. Wie steht der Senat zu einer möglichen Verlängerung dieses Abschiebe-Moratoriums zumindest für die vom RKI als Risikogebiet definierten Staaten, die nach Ansicht der Fragestellerin auch angesichts wieder steigender Infektionszahlen aus humanitären Gründen geboten ist?

Zu 23.:

Siehe Antwort zu 18. Dies gilt in der Form auch für andere Staaten, sofern eine Rückkehr für eigene Staatsangehörige von ihnen zugelassen wird.

Berlin, den 24. August 2020

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport